

Nicaragua, Ortega, León und die internationale Solidarität

Dieser Artikel setzt sich auf der Basis von einigen theseartig zusammen getragenen Fakten mit der Frage auseinander, wie die internationale Solidaritätsbewegung mit Nicaragua sich gegenüber der aktuellen Regierung Ortega bzw. der Stadtverwaltung von León (stellvertretend für andere ähnlich gelagerte Fälle in anderen Gemeinden) verhalten soll. In dieser Diskussion wird teilweise eine Position vertreten, die aus einer angeblich fortschrittlichen oder sogar sozialistischen Politik Ortegas die Schlussfolgerung zieht, dass man seine Regierung und die ihm folgenden Stadtverwaltungen in erster Linie verteidigen müsse und – wenn überhaupt – dann nur sehr vorsichtig Kritik an ihnen üben dürfe. Diese resignative Haltung verteidigt alle repressiven, reaktionären und korrupten Praktiken dieser Regierung und ihrer lokalen Ableger, entweder weil sie keinerlei Möglichkeit erkennt, dass sich hieran etwas ändern lässt oder weil sie noch nicht einmal die Notwendigkeit dafür sieht. Im Gegensatz dazu basiert der folgende Text auf der Überzeugung, dass es in Nicaragua und auch in der internationalen Solidaritätsbewegung immer noch viele Tausende von Menschen gibt, die sich den ursprünglichen Idealen der sandinistischen Revolution von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit nach wie vor aufs tiefste verbunden fühlen und die mit der aktuellen Regierungspolitik keineswegs zufrieden sind, selbst wenn sie Ortega mangels Alternative gegenwärtig noch als das kleinere Übel ansehen sollten. Es lohnt sich, diese Stimmen zu unterstützen und zu stärken, denn darin liegt zumindest eine Chance dafür, die Lebenssituation der armen Massen zu verbessern und gleichzeitig die individuellen und kollektiven Freiheitsrechte der großen Mehrheiten zu festigen.

10 Besonderheiten der sandinistischen Revolution

1. Der Triumph der Sandinisten im Juli 1979 war bisher *das letzte Mal*, dass in Lateinamerika eine Befreiungsbewegung durch einen *revolutionären Umsturz* an die Macht gekommen ist.
2. Auch wenn die Führung der FSLN eine antikapitalistische und sozialistische Orientierung besaß, war die brutale und blutige Unterdrückung des Somoza-Regimes und der *Ruf des nicaraguanischen Volkes nach Freiheit* der entscheidende Grund dafür, dass es den Sandinisten gelang, die Diktatur zu stürzen und die Regierungsmacht im Land zu erringen.
3. Es war die erste Revolution, in der sich *marxistische Positionen und christlicher Glauben* nicht diametral entgegen standen, sondern sich kombinierten und gegenseitig ergänzten. Dieses Zusammenwirken kann sicherlich dabei helfen, die oftmals unvorstellbar hohe Opferbereitschaft vieler junger Kämpferinnen und Kämpfer zu erklären. Auf diese Weise konnte es auch gelingen, im wirtschaftlich und sozial äußerst gering entwickelten Nicaragua, die Mehrheit der Bevölkerung für den Aufstand, für den Umsturz und für das sandinistische Regierungsprojekt zu gewinnen.
4. Die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus gründete sich nach dem eigenen Selbstverständnis neben der "gemischten Wirtschaft" und "Paktungebundenheit" (was sich auf die damals noch die Welt beherrschenden Lager Westen und Osten bezog) als dritten Grundpfeiler auf den "*politischen Pluralismus*". In den 1980er Jahren unternahmen

die regierenden Sandinisten große Anstrengungen, um die vielfältigen politischen Parteien – liberale, konservative, sozial-christliche, sozialistische, kommunistische, ... – am politischen Leben teilnehmen zu lassen und um pluralistische, demokratische und saubere Wahlen zu organisieren.

5. Schon wenige Monate nach der Machtübernahme der Sandinisten begann die US-Regierung gegen diese neue Regierung vorzugehen und weitete dies zu einem massiven politischen, wirtschaftlichen und militärischen (v.a. durch die "Contra" geführten) *Interventionskrieg* aus. Während die meisten europäischen Regierungen die US-Politik mehr oder weniger passiv unterstützten, schwächte sich die anfänglich deutliche zivile und auch militärische Hilfe der damaligen Sowjetunion und einiger anderer Staaten des Warschauer Paktes auf Grund derer internen Zerfallsprozesse mehr und mehr ab.
6. Es bildete sich eine *weltweite Solidaritätsbewegung* mit Nicaragua, die sich nicht nur gegen eine imperialistische Unterdrückung und Intervention richtete, sondern die das sandinistische Modell bewusst unterstützte. Der Humanismus, die individuellen und kollektiven Freiheiten, der politische Pluralismus und der Respekt vor den religiösen Gefühlen des Volkes erschienen als eine Weiterentwicklung von bis dahin vorherrschenden autoritären Befreiungskonzepten (Umerziehungslager in Vietnam, Terror gegen das eigene Volk in Kambodscha, Mullahs im Iran). Diese neue Verbindung von nationaler Selbstbestimmung mit dem Ausbau von sozialer Gerechtigkeit und politischen Freiheiten erschien international nicht nur als wegweisend für die armen Länder des Südens, sondern auch für kapitalistische Metropolen.
7. Der Krieg der stärksten Militärmacht der Welt brachte nicht nur Zerstörung in Milliardenhöhe und tausendfachen Tod über Nicaragua, sondern er zwang dessen Regierung dazu, seine Anstrengungen immer mehr auf die Landesverteidigung zu richten, wodurch die Bemühungen um den demokratischen Aufbau des Landes in den Hintergrund gerieten. Aber es gab auch *innere Schwachpunkte der Sandinistischen Befreiungsfront*, die zu Fehlentwicklungen führten, die teilweise erst viele Jahre später deutlich zu Tage traten. So gab es keine klaren Konzepte, wie eine militärisch organisierte Guerillaorganisation in eine demokratisch funktionierende politische Partei überführt werden sollte, wie die Trennungslinie zwischen Partei und Staat gezogen werden sollte, wie die Einkommens- und Besitzverhältnisse der Amtsinhaber in Partei und Staat geregelt oder wie Bürokratisierung und Korruption im Staatsapparat unter Kontrolle gehalten werden sollten. Die FSLN hatte sich von der kommunistischen Bewegung sowjetischer Prägung auch nicht deswegen abgesetzt, weil sie deren stalinistische Konzepte kritisierte und etwa für einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus eintrat, sondern ausschließlich deshalb, weil sie den bewaffneten Kampf für notwendig hielt und dieser von Moskau und seinen Satelliten als "kleinbürgerliches Abenteuer" abgelehnt wurde.
8. Trotz des mutigen und opferreichen Kampfes Zehntausender junger Männer und Frauen gelang die *Verteidigung der sandinistische Revolution* gegen die US-Intervention nur deswegen, weil die regierenden Sandinisten über viele Jahre hinweg Mehrheiten in Nicaragua für ihr Projekt mobilisieren und so auch eine breite internationale Unterstützung gewinnen konnten. Die politischen Kosten für einen offenen Militärschlag gegen das sandinistische Nicaragua wurden auf diese Weise so hoch getrieben, dass die US-Regierung immer wieder davor zurück schreckte. Entscheidend hierfür war eine humanistische Regierungspolitik der FSLN, die sich auf die Bedürfnisse der Armen orientierte: Enteignung des gestürzten Diktators und seine Helfer, Auflösung der mörderischen Nationalgarde, sofortige Unterbindung von Hinrichtungen von Folterern und Mördern des alten Regimes, Alphabetisierung des Landes, Gesundheitsversor-

gung für Alle, Landreform, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Organisationsfreiheit für Landarbeiter, Arbeiter und Studenten, Respekt vor der Kirche, Pressefreiheit auch für oppositionelle Medien, Parteienpluralismus, freie und geheime Wahlen, Einbeziehung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte in die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, Erarbeitung eines beispielhaften Autonomiestatutes für die Atlantikregion, diverse Amnestien gegen vormalige Contra-Kämpfer zur Befriedung und Versöhnung des Landes. Unter dem Druck des Krieges wurden zwar viele dieser Maßnahmen eingeschränkt, dies spricht aber nicht gegen deren Bedeutung für die Gewinnung politischer Unterstützung für das sandinistische Projekt, sondern es war eine gezielte Absicht der US-Intervention, das humane Gesicht dieser Revolution zu zerstören.

9. Trotz ihrer politischen Schwächen war die *Abwahl der Sandinisten 1990* nicht in erster Linie Ausdruck einer Abwendung der Bevölkerung von der FSLN, sondern vor allem eine *Folge des zehnjährigen Zerstörungskrieges der US-Regierung gegen Nicaragua*.
10. Mit dem Akzeptieren der Wahlniederlage durch die Sandinisten wird *erstmalig* eine *Regierung abgewählt, die durch eine bewaffnete Revolution an die Macht gekommen* ist. Dies ist ein Ausdruck dafür, dass die Sandinisten die Wahlen damals noch sauber durchgeführt hatten und andererseits den mehrheitlichen Volkswillen akzeptierten, der sich für einen Regierungswechsel und für die neue Präsidentin Violeta Chamorro ausgesprochen hat.

10 Eigenheiten der 2. Präsidentschaft von Daniel Ortega

1. Ohne den *Pakt mit dem reaktionären Populisten Arnoldo Alemán* hätte Daniel Ortega die Präsidentschaftswahlen von 2006 nicht gewonnen. Erst die gemeinsam vereinbarte Verfassungsänderung mit der Absenkung der erforderlichen Wahlstimmen auf ein Minimum von 35 Prozent ermöglichte es Ortega, mit einem Ergebnis von nur 38 Prozent die Präsidentschaft zu übernehmen.
2. Der 1999 vereinbarte Pakt basiert im Wesentlichen auf der Vereinbarung, *sich gegenseitig vor Strafverfolgung zu schützen*: im Falle von Alemán wegen der Veruntreuung von weit über 100 Millionen US Dollar aus der Staatskasse Nicaraguas und im Falle von Ortega wegen Kindesmissbrauchs und Vergewaltigung seiner Stieftochter während fast 20 Jahren. Durch den Pakt werden alle wichtigen Staatsinstitutionen (Oberster Wahlrat, Oberster Gerichtshof, Staatsanwaltschaft, usw.) mit treuen Anhängern beider Parteiführer besetzt und somit die gesamte staatliche Macht unter ihnen beiden aufgeteilt.
3. *Entgegen der eigenen Statuten* wurde Ortega unter Umgehung von parteiinternen Vorwahlen zum Präsidentschaftskandidaten der FSLN gekürt. Der populäre Bürgermeister Managua's Herty Lewites, der bei den internen Vorwahlen ebenfalls antreten wollte, wurde stattdessen aus der Partei ausgeschlossen, weil er versuchte, dieses statutarische Recht tatsächlich für sich in Anspruch zu nehmen.
4. Die Stieftochter Ortegas *Zoilamérica Narváez* hat ihre *Leidensgeschichte* in einer ausführlichen und detaillierten Darstellung ("Testimonio de Zoilamérica Narváez en contra de su padre adoptivo Daniel Ortega Saavedra") in der nicaraguanischen Tagespresse veröffentlicht, sie ist daher im Lande allgemein bekannt. Dass die Führungsgremien und auch der Parteitag Daniel Ortega trotzdem für einen geeigneten Präsidentschaftskandidaten halten, ist eine Botschaft der FSLN an die Frauen, dass Vergewaltigung nur ein untergeordnetes Kavaliersdelikt ist, und an die Gesellschaft, dass selbst Gewaltverbrechen nicht geahndet werden, falls sie von den Mächtigen verübt werden.
5. Schwere politische Fehler der orteguistischen FSLN:

- a. Die überfallartige *totale Illegalisierung jeglicher Abtreibung* mit den Stimmen der FSLN 10 Tage vor der Präsidentschaftswahl 2006 ist ein weiteres Signal, dass die Parteiführung bereit ist, grundlegende Menschenrechte (auf Leben, auf körperliche und seelische Unversehrtheit, auf Selbstbestimmung, ... von Frauen) zu opfern, um in die lukrativen Positionen von Parlament und Regierung zu gelangen.
 - b. Der zu 21 Jahren Haft verurteilte Mörder William Hurtado wurde gut ein Jahr nach Übernahme der Präsidentschaft durch Daniel Ortega aus dem Gefängnis entlassen, obwohl er erst 4 Jahre abgesessen hatte. Der ehemalige Mitarbeiter der sandinistischen Geheimpolizei hatte den langjährigen engen Weggefährten und späteren heftigen Kritiker Ortegas Carlos José Guadamuz auf offener Straße erschossen. Seine unter dem Vorwand einer "Gefängnispsychose" durchgeführte Freilassung, kommt einer *Anerkennung des politischen Mordes als legitimes Mittel* in der aktuellen politischen Auseinandersetzung gleich.
 - c. In den Jahren der Opposition trug die FSLN alle wichtigen Schritte der liberalen Regierungen zur neoliberalen Ausrichtung Nicaraguas mit, insbesondere auch die Integration in das Wirtschaftsabkommen CAFTA mit den USA. Erst in seinem Präsidentschaftswahlkampf entdeckte Ortega Venezuela und den Wirtschaftsverbund ALBA. Als Nicaragua nach den Wahlen ALBA beitrifft, wird die gesamte damit verbundene *millionenschwere Wirtschaftshilfe über die private Firma Albanisa*, deren Vize der FSLN Schatzmeister Francisco López ist, und nicht über die öffentlichen Institutionen des nicaraguanischen Staates abgewickelt.
6. Es gibt eine Reihe von *sozialen Programmen*, die – wenn auch mit zeitlichen, lokalen, sozialen und politischen Einschränkungen – zu Verbesserungen der Lebenslage armer Bevölkerungsteile führen: kostenfreie Schule, kostenfreie Gesundheitsversorgung, verbesserte Versorgung mit Wasser und elektrischer Energie, Förderung ländlicher Kleinproduktion, Häuserbau ... und anderes mehr. Aber alle diese Maßnahmen basieren nicht auf einer breiten Mobilisierung mit dem Ziel einer stärkeren Selbstorganisation der Massen, sondern sie werden – häufig mit parteipolitischen Vorzeichen – von der Regierung als Almosen verteilt und *stärken so nur noch die Passivität und die Obrigkeitshörigkeit* der Menschen.
 7. Die *Bürgerräte CPC* sind ein konzentrierter Ausdruck dieses dirigistischen Regierungskonzeptes: Angeführt von der Präsidentengattin sind sie parallel zu den offiziellen staatlichen Strukturen und ebenfalls parallel zu denen der Partei FSLN ein *Machtorgan, das ausschließlich den Vorgaben des Präsidentenpaares folgt*. In dieser Logik liegt auch die allen Wahlkandidaten der FSLN als Stadträte oder Bürgermeister abverlangte Verpflichtung, sich im Falle ihrer Wahl den Beschlüssen dieser Bürgerräte zu unterwerfen.
 8. Dreieinigkeits Staat – Partei – Familie:
 - a. Es ist eine geradezu feudal anmutende Situation, dass sich der private *Wohnsitz Ortegas, die Parteizentrale der FSLN und der Sitz des Präsidenten Nicaraguas in ein und demselben Privathaus* befinden.
 - b. Viele wichtige *Positionen im Staatsapparat und der Gesellschaft* werden mit Kindern, nahen Verwandten oder Angehörigen aus dem engsten Freundeskreis von Daniel Ortega besetzt. Seine Frau Rosario Murillo, die weder in der FSLN noch auf der staatlichen Ebene jemals durch irgendeinen Wahlprozess legitimiert worden wäre, hat von ihm nach seinen eigenen Worten die Hälfte der Staatsmacht von ihm übertragen bekommen. Bei Auslandsreisen des Präsidenten

- ten wird er in der Manier eines mittelalterlichen Königshauses von all seinen Kindern und Enkeln begleitet.
- c. Dies geht einher mit einer *massiven Bereicherung der Familie Ortega-Murillo* und einiger enger Freunde.
9. Recht und Gesetz außer Kraft:
- a. Mit dem vom Obersten Wahlrat organisierten *Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen* vom November 2008 wird sowohl deutlich, dass die Mehrheit des Landes nicht hinter der FSLN steht, als auch dass die Führung um Ortega fest entschlossen ist, die staatlichen Schlüsselpositionen mit allen – auch ungesetzlichen – Mitteln zu verteidigen. Es ist bemerkenswert, dass bis heute immer noch nicht das amtliche Endergebnis dieser Wahlen mit den Ergebnissen aller Wahllokale veröffentlicht worden ist.
 - b. Am 19. Oktober 2009 ermächtigen sich 6 Richter des Obersten Gerichtshofes dazu, einen Teil der Verfassung für unzulässig zu erklären und auf diese Weise die Wiederwahl Ortegas zu ermöglichen. *Zum Zwecke seines Machterhaltes wird offen das höchste Gesetz des Landes gebrochen.*
 - c. Mit dem Präsidialdekret 3-2010 vom 9. Januar 2010 erklärt Ortega, dass die ihm ergebenden hohen Funktionsträger im Obersten Wahlrat, Obersten Gerichtshof, Staatsanwaltschaft u.a.m. nach Ablauf ihrer Amtszeit so lange weiterhin in ihrem Amt bleiben, bis ihre Nachfolger gewählt wurden. So hat sich Ortega – erneut entgegen der geltenden Gesetze – *von dem Druck befreit, sich im Parlament, wo die FSLN nur eine Minderheit darstellt, auf Kandidaten zu einigen, die auch von der Opposition mitgetragen werden können.*
 - d. Am 26. März 2010 wird bekannt, dass die Antikorruptionsabteilung der Polizei, die auf den Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen spezialisiert war und die umfangreiches Material über die Verwicklung hoher staatlicher Funktionsträger in diese Geschäfte besaß, auf Anordnung von Präsident Ortega aufgelöst wurde.
10. Generell ist es ein zentrales Kennzeichen der Präsidentschaft Ortegas, dass er das private Unternehmertum in Ruhe lässt, während er hauptsächlich gegenüber Kritikern, die aus der sandinistischen Bewegung hervor gegangen sind und dabei in besonderem Maße gegen die Frauenbewegung, mit den unterschiedlichsten Mitteln der *Einschüchterung, der Bedrohung, der Unterdrückung und Gewalt* vorgeht. Denn gerade diese Kräfte, die über viele Jahre hinweg in führenden Positionen in und mit der FSLN für die Befreiung von der Somoza Diktatur und für die Verteidigung der sandinistischen Revolution gekämpft haben, sind die größte politische Bedrohung für Ortega, weil sie sein Image als politischer Führer der Linken in Nicaragua und in Lateinamerika am glaubwürdigsten in Frage stellen können.

10 tiefgreifende Veränderungen in León

1. Wenn es in den vorangegangenen Wahlen in León auch einzelne Versuche gegeben haben mag, die Ergebnisse in die eine oder andere Richtung zu manipulieren, so sind die Kommunalwahlen vom November 2008 zum ersten Mal massiv zu Gunsten der FSLN gefälscht worden. Dieser *Wahlbetrug* ist sehr detailliert und schlüssig dokumentiert. Bis heute – weit über ein Jahr nach den Wahlen – wurde immer noch kein offizielles Wahlergebnis mit den Resultaten der einzelnen Wahllokale veröffentlicht, wie es das Wahlgesetz vorschreibt. Alles deutet darauf hin, dass der Kandidat der Allianz PLC Ariel Terán der wahre Gewinner diese Wahlen ist. Dennoch hat der Oberste Wahlrat den Kandidaten der FSLN Manuel Calderón zum Bürgermeister ernannt, und

weil die Wahlbehörde eine unabhängige vierte Staatsgewalt ist, gibt es keine gerichtliche Instanz, die diese Entscheidung außer Kraft setzen könnte.

2. Zum ersten Mal seit der Revolution 1979 beschwerten sich Parteien der Opposition – Konservative von der PC, Sandinisten vom Bündnis MRS, Liberale der Allianz PLC u.a.m. – über die Wahlfälschungen und andere damit zusammen hängende Einschränkungen ihrer demokratischen Freiheiten. Erstmals erklären oppositionelle Parteien öffentlich, dass sie das *Wahlergebnis nicht anerkennen* und *bitten die Partnerstädte von León um Unterstützung zur Verteidigung ihrer Rechte*, in erster Linie des Rechtes der Bevölkerung, diejenige Stadtverwaltung zu bekommen, für die sie mehrheitlich gestimmt hat.
3. Erstmals seit der Durchführung von demokratischen Wahlen nach dem Sturz der Somoza Diktatur *verpflichtet sich* der vom Obersten Wahlrat eingesetzte *Bürgermeister Calderón, seine Entscheidungen den von der Präsidentengattin Rosario Murillo angeführten Bürgerräten CPC zu unterwerfen*, anstatt sich dem Interesse aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu verpflichten – so wie es der Verfassung entspricht und wie es seine Vorgänger, die ebenfalls der FSLN angehörten, getan haben.
4. Es ist wohl absolut beispiellos, dass ein *Bürgermeisterkandidat* in angeblich demokratischen und freien Wahlen *mit einem Knüppel bewaffnet gegen die Polizei* vorgeht, die lediglich ihrer Pflicht nachkommt, eine friedliche und genehmigte Demonstration zu schützen, so wie Manuel Calderón es an der Spitze von Hunderten weiterer maskierter und bewaffneter Gefolgsleute seiner Partei am 20. September 2008 in León getan hat. Um diese Situation nicht in unkontrollierte Gewalt ausarten zu lassen, verzichten die Initiatoren dieser Demonstration – darunter viele historische Führer des Befreiungskampfes gegen Somoza – schließlich auf deren Durchführung.
5. Dass dies kein spontaner Ausrutscher, sondern eine von langer Hand geplante politische Strategie war, wird aus folgender öffentlich verbreiteten Erklärung des *Verantwortlichen für Kommunikation und Propaganda der FSLN im Departamento León Rafael Mairena* deutlich, die er schon einen Monat vor diesen Ereignissen verbreitet hat: *"Hier in León und an keinem anderen Ort Nicaraguas werden wir erlauben, dass diese Leute, die Dora María Téllez begleiten, auch nur irgendeine politische Aktivität durchführen, denn hier stehen wir, die Sandinistische Front, um ihnen die gebührende Antwort zu geben."* Und dies beziehe sich genau so auch auf Mónica Baltodano, Hugo Torres, Victor Hugo Tinoco und andere "Verräter" der Partei.
6. Am 18. November 2008, wenige Tage nach den massiv gefälschten Kommunalwahlen wird der Sender *Radio Darío*, der die Kandidatur des liberalen Kandidaten Ariel Terán unterstützt und nach den Wahlen gegen den Wahlbetrug protestiert hatte, von einer Gruppe maskierter Männer überfallen. Sie *schießen mit automatischen Waffen und zerstören komplett alle Einrichtungen und technischen Anlagen*. Die vor der Radiostation stationierte Polizei greift nicht ein, weil sie auf einen entsprechenden Befehl vergeblich wartet. Für die Ermittlungen in diesem Fall beschlagnahmt die Polizei die Computer des Radiosenders als Beweismittel. Als sie jedoch an die Eigentümer zurück gegeben werden, fehlen in ihnen die Festplatten, auf denen die gesamten Informationen des Senders einschließlich aller redaktionellen und persönlichen Daten gespeichert waren. Die Ermittlungen "gegen Unbekannt" verlaufen ergebnislos im Sande.
7. Im gleichen Zeitraum wird die Hauswand von Dr. Luis Felipe Pérez Caldera, dem ehemaligen sandinistischen Bürgermeister von León, der die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und León mit auf den Weg gebracht hat, mit der Aufschrift *"Tod dem Verräter"* versehen. Die Häuser von Dr. Vilma Núñez, Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofes Nicaraguas in den 80er Jahren und aktuell Präsidentin der Menschen-

rechtskommission CENIDH, und von Dora María Gurdíán, ehemalige Vizebürgermeisterin, werden ebenfalls mit roter und schwarzer Farbe markiert, und dies wird mit *Todesdrohungen per Telefon* begleitet, um keinen Zweifel an der Bedeutung dieser Aktionen aufkommen zu lassen.

8. Am 13. April 2009 wird *Martha Cranshaw*, die sich einige Male kritisch gegenüber der Regierung Ortega geäußert hatte, samt ihres gesamten Mobiliars ohne irgend eine richterliche Anordnung von teilweise bekannten Mitgliedern der FSLN *aus ihrem Haus gewaltsam auf die Straße geworfen*. Diese Frau war in den 1980er Jahren als Verantwortliche in der Regionalverwaltung die Adressatin der ersten Briefe aus Hamburg, die zur Kontaktaufnahme mit León dienen sollten. Als der Skandal zu große Kreise zieht, wird ihr die Rückkehr in ihr Haus gewährt und die Reparatur der zerstörten Gegenstände zugesagt. Gegen die jugendlichen Akteure, die angaben, auf direkte Anweisung von Daniel Ortega gehandelt zu haben, werden keinerlei Ermittlungen aufgenommen.
9. In der *UNAN León*, der Wiege der freien Meinungsäußerung und der pluralistischen Diskussion in Nicaragua, werden *Vorträge und Präsentationen kritischen Gedankengutes systematisch und gewaltsam von "linientreuen" studentischen Anhängern der FSLN verhindert*: Am 26. Juni 2008 wird Dora María Téllez – Guerilla Kommandantin der FSLN, unter deren Führung die Befreiung Leóns von der somozistischen Nationalgarde erkämpft wurde – mit Schmutzwasser und Schlamm beworfen und aus der UNAN León gejagt, als sie öffentlich ihre aktuellen politischen Positionen erläutern und der Diskussion stellen wollte. Im Mai 2009 muss die Vorstellung des Buches "Der Himmel weint um mich" von Sergio Ramirez – Vizepräsident Nicaraguas während der ersten Präsidentschaft Ortegas – abgesagt werden, weil befürchtet wird, dass die Mobilisierung der Studentenvertretung CUUN gegen ihn erneut zu gewaltsamen Aktionen führt. Am 17. März 2010 wird die Vorstellung des 2. Bandes der Philosophischen und Politischen Schriften von Alejandro Serrano Caldera – ein alter Kämpfer gegen die Somoza Diktatur, ehemaliger Rektor der UNAN León, ehemaliger Präsident des Obersten Gerichtshofes und Vertreter Nicaraguas vor den Vereinten Nationen in den 1980er Jahren – durch die Unterbrechung der Stromversorgung für den Hörsaal sabotiert.
10. Mit der auf zweifelhafte Weise zustande gekommenen Sitzung des Stadtrates Leóns vom 31. Dezember 2009 wird der *Stadtrat Norberto Ruiz seines Postens enthoben* und aus der FSLN ausgeschlossen. Vorher hatte er die Amtsführung von Bürgermeister Calderón als autoritär kritisiert und gemeinsam mit einigen liberalen Stadträten eine bedeutende Anhebung ihrer Vergütungen gefordert. Als der Bürgermeister immer mehr unter Druck gerät, weil es ihm überhaupt nicht zusteht, Stadträte abzusetzen, erklärt der Parteisekretär der FSLN Lenín Cerna, dass *dieser Beschluss direkt von Präsident Ortega* gefällt wurde. Es ist wohl fast schon müßig darauf hinzuweisen, dass eine solche Amtsenthebung auch in keiner Weise in den Aufgabenbereich des Präsidenten fällt.

10 Anmerkungen zur Kritik an den Kritikern

1. Den ausländischen Kritikern an den nicaraguanischen Verhältnissen wird häufig vorgeworfen, dass sie *schlecht oder einseitig informiert* seien. Diese Behauptung ist jedoch absurd angesichts der vielfältigen Informationsmöglichkeiten und der reichlichen und intensiven persönlichen Kontakte nach Nicaragua übers das Internet und alle möglichen anderen Kommunikationswege.

2. Besonders fragwürdig ist der Versuch, die undemokratischen Maßnahmen der Regierung Ortega damit zu rechtfertigen, dass es in Nicaragua angeblich eine *ganz andere Kultur* zu diesen Fragen gäbe. Diese Behauptung bedeutet, dass Freiheitsrechte in den reichen und besser entwickelten Ländern ganz angenehm, in Nicaragua aber nicht so wichtig seien, weil die Menschen dort sie gar nicht zu schätzen wüssten. Wie absurd und geradezu überheblich diese Behauptung ist, wird deutlich, wenn man bedenkt, dass Zehntausende von jungen Nicaraguanerinnen und Nicaraguanern ihr Leben geopfert haben, um die Freiheit des Volkes zu erringen und zu verteidigen. Ohne Angst seine Meinung sagen zu dürfen, friedlich demonstrieren zu können und in rechtstaatlichen Verhältnissen zu leben, sind in Nicaragua genau solche Wünsche der Menschen wie überall auf der Welt.
3. Neuerdings wird auch die Parole verbreitet, dass die internationale Solidarität die *sandinistische Revolution* und die Regierungszeit in den 1980er Jahren *überschätzt* habe und aus diesem Grunde heute zu Unrecht Kritik an Ortega übe. Wer damals in Nicaragua war, der spürte, dass ein ganzes Volk sich im Aufbruch befand und selbstbewusst seine Geschicke in die eigenen Hände nehmen wollte. Es handelte sich nicht um eine perfekte oder ideale Revolution, aber sie bedeutete unter verschiedenen Aspekten sehr positive Weiterentwicklungen gegenüber bis dahin praktizierter Modelle (s. erster Abschnitt).
4. Vielfach wird darauf hingewiesen, dass *niemand das Recht hätte, sich von außen in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas einzumischen*. Natürlich muss eine Solidaritätsbewegung in erster Linie Unterstützung leisten, und sie muss die Souveränität eines Landes und eines Volkes absolut respektieren. Aber das heißt nicht, dass sie dazu verpflichtet ist, die eigene Meinung immer zu verschweigen. Im Gegenteil liegt es in der besten Tradition der Solidaritätsbewegung, auch kritische Einschätzungen öffentlich zu äußern, so wie sie es schon im Jahre 1980 gemacht hat, als die sandinistische Regierung mit Gewalt gegen die Minderheit der Miskitos vorgegangen ist. Außerdem haben die Sandinisten ihre Unterstützer aus der ganzen Welt dazu aufgerufen, nach Nicaragua zu kommen und sich auf ihrer Seite in die politische Auseinandersetzung im Lande (und auch international) einzumischen. Niemand wäre diesem Aufruf damals gefolgt, wenn dies bedeutet hätte, dass man einen politischen Maulkorb hätte akzeptieren müssen.
5. Teilweise wird auch gefordert, die *Unterstützung für Nicaragua solle sich darauf beschränken, beim Aufbau des Landes zu helfen* und sich ansonsten aus den politischen Fragen heraus zu halten. Aber die internationale Solidaritätsbewegung mit Nicaragua ist von der FSLN und der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus in den 1980er Jahren keineswegs nur gerufen worden, um gewisse soziale Projekte materiell zu unterstützen, sondern ihre politische Stellungnahme für die sandinistische Revolution wurde ausdrücklich gewünscht, und sie wurde auch gerne gegeben. Aber genau so wenig, wie sich eine politische Bewegung in einem armen Land bevormunden lässt, sollte sich eine unabhängige Solidaritätsbewegung für ihr fremde Zwecke instrumentalisieren oder auch nur den Mund verbieten lassen.
6. Den kritischen Stimmen wird weiterhin gerne der Vorwurf gemacht, *die gleichen Positionen zu vertreten, wie Montealegre oder Alemán*. Wenn jedoch beispielsweise eine friedliche und genehmigte Demonstration mit Gewalt unterdrückt wird (wie am 20.09.2008 in León geschehen) oder wenn ein Radiosender mit automatischen Waffen überfallen und zerstört wird (am 18.11.2008 ebenfalls in León) und Konservative und Korrupte wie diese beiden Politiker dies anprangern, warum sollte das für die Solidaritätsbewegung bedeuten, dass sie derartige gewaltsame, illegale und abschreckende Vorgänge nicht mehr kritisieren darf? Wenn die Solidaritätsbewegung aus "Parteirä-

son" über solche skandalösen Vorgänge schweigt, werden nicht nur ihre allgemeinen politischen Aussagen über Nicaragua in Zweifel gezogen, sondern auch alle ihre konkreten Informationen über León und die von ihr geförderten Projekte verlieren ihre Glaubwürdigkeit, geraten in den Verdacht der rein parteilichen Unterstützung und gefährden damit das gesamte Projekt partnerschaftlicher Basisbeziehungen zwischen Hamburg und León und letztlich sogar der Städtepartnerschaft selbst.

7. Orlando Núñez, ein prominenter Intellektueller und Verteidiger des Ortegaismus, vertritt die These, dass *soziale Revolution und Demokratie* – zumindest im aktuellen Fall von Nicaragua – *nicht miteinander zu vereinbaren* sind und dass derjenige, der soziale Veränderungen zu Gunsten der Armen haben will, dafür auch akzeptieren muss, dass es zu Einschränkungen von Freiheitsrechten und möglicherweise auch zur Anwendung von Gewaltmaßnahmen kommt. Um diesen Ansatz einer repressiven Befreiung zu rechtfertigen, wird inzwischen bewusst verschwiegen, dass die sandinistische Regierung in den 1980er Jahren unter Bedingungen von Krieg und Zerstörung viel größere politische Freiheiten garantierte und sich um eine breitere Beteiligung der diversen politischen Kräfte im Lande bemühte, als dies heute in friedlichen Verhältnissen und nach dem Ende der Blockkonfrontation der Fall ist. Insbesondere wird gezielt "vergessen", dass die Verfassungsgebende Versammlung von 1987 die unteilbaren Grundrechte aller Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner in den Artikeln 23 bis 88 der Verfassung verankerte und im Artikel 46 ausdrücklich festlegte, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen "uneingeschränkte" Gültigkeit besitzt.
8. Am 18.11.2009 – nur 3 Tage vor einer großen Demonstration oppositioneller Kräfte in Managua, die durch eine Gegendemonstration der FSLN am gleichen Ort und zur gleichen Zeit bedroht wurde – veröffentlichte die nicaraguanische Tageszeitung El Nuevo Diario den Artikel "Der Systemwechsel und die Verräter wie immer" von Carlos Fonseca Terán. Der Autor und vormalige Parteisekretär von León wurde von Daniel Ortega nach Managua gerufen, um die Verantwortung für die politische Schulung der Kader der FSLN von ganz Nicaragua zu übernehmen. In diesem Artikel stellt er die *Kritiker Ortegas auf eine Stufe mit den Opfern der "verschmähten" Moskauer Schauprozesse*, in denen in den 1930er Jahren nahezu die gesamte Führung der russischen Revolution von 1917 als Verräter zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Es sei darauf hingewiesen, dass dies nur die Spitze des Massenterrors war, der Millionen weitere Sowjetbürger – mehrheitlich überzeugte Kommunisten – vom stalinschen Geheimdienst- und Justizapparat als Konterrevolutionäre verfolgen und ermorden ließ. Worauf soll Nicaragua mit solchen Artikeln vorbereitet werden?
9. Es wird öfters die *Frage* gestellt, auf *welche Alternative* die kritischen Stimmen denn in Nicaragua verweisen könnten. Die Alternative liegt zunächst einmal in einer politischen Rückbesinnung auf die grundlegenden Rechte und Freiheiten aller in Nicaragua lebenden Menschen, die in der Verfassung und in den Gesetzen verankert sind. Eine Kritik an den aktuellen politischen Verhältnissen in Nicaragua kann und soll gar nicht das Ziel haben, sich damit auch gleich auf eine bestimmte alternative politische Partei oder Bewegung zu orientieren. Erst wenn sich eine glaubwürdige linke Alternative zum Ortegaismus in Nicaragua selbst entwickelt und konsolidiert, könnte überhaupt die Option entstehen, diese auch von außen zu unterstützen. Die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua hat sich selbst zu einer Zeit, als sie in ihrer großen Mehrheit begeistert hinter der FSLN stand, als eine unabhängige Bewegung verstanden, die keinerlei Weisungen von außen unterliegt und völlig frei ihre Aktivitäten und Verlautbarungen bestimmt. Und genau diese Unabhängigkeit sollte diese Bewegung auch heute, wo sie – so weit sie überhaupt noch existiert und noch nicht an den aktuellen nicaraguanischen

Verhältnissen zerbrochen ist – mehrheitlich eine kritische Haltung gegenüber der FSLN-Führung einnimmt, nicht aufgeben.

10. Letztlich wird den Kritikern Ortegas der *Hauptvorwurf* gemacht, dass sie – gewollt oder nicht – die *nicaraguanische und die internationale Reaktion dabei unterstützen, eine Regierung, die sich selbst gerne als "christlich, sozialistisch und solidarisch" bezeichnet, zu bekämpfen* und zu schwächen. Dabei sind es die Taten dieser Regierung selbst, die ihrem Ansehen im eigenen Land und darüber hinaus weit mehr Schaden zufügen, als es die best ausgeklügelte rechte oder imperialistische Propaganda je machen könnte. Wer den Benachteiligten und Armen in Nicaragua wirklich helfen will, sollte endlich damit beginnen, die skandalösen politischen Verhältnisse im Lande selbst zu kritisieren, anstatt auf die Überbringer der schlechten Nachrichten einzuschlagen. Nur wenn die Solidaritätsbewegung sich kritisch mit der Regierung Ortega auseinandersetzt, ist es möglich, all die positiven, attraktiven, humanistischen, freiheitlichen, demokratischen und sozialistischen Zielvorstellungen, die in Nicaragua und international mit der sandinistischen Revolution verbunden wurden, davor zu bewahren, durch die aktuellen Praktiken von persönlicher Bereicherung und unkontrollierter Macht des Ortega Clans in den Schmutz gezogen zu werden.

10 Hinweise zur praktischen Solidaritätsarbeit

1. Da die Ziele der internationalen Solidarität mit Nicaragua – Unterstützung beim Aufbau einer selbstbestimmten, freien und gerechten Gesellschaft – noch lange nicht erreicht sind und ihren Sinn in keiner Weise verloren haben, kann es jetzt nicht darum gehen, diese Aktivitäten einzustellen, sondern nur darum, die *Ausgestaltung der Solidaritätsarbeit entsprechend der veränderten Bedingungen neu zu definieren*.
2. Die *Adressaten unserer Solidarität*, die Bedürftigen, die sich organisieren, um sich für eine Verbesserung ihrer Lebenslage einzusetzen, sind nicht die Verantwortlichen für die fragwürdigen politischen Zustände im Lande, sie *dürfen* daher auch *nicht durch den Entzug unserer Unterstützung bestraft werden*. Projektunterstützungen und Partnerschaften im Rahmen einer Hilfe zur Selbsthilfe haben nach wie vor ihre volle Berechtigung und müssen nach Kräften fortgeführt werden.
3. Die materiellen *Mittel der internationalen Solidarität dürfen jedoch weder direkt noch indirekt zu einer Stärkung der autoritären und undemokratischen Strukturen in Nicaragua führen*. Daher müssen sie nicht nur absolut unabhängig von jeglicher politischer Partei an die begünstigten Projekte geleitet werden, sondern sie müssen auch davor bewahrt werden, von staatlichen Institutionen, die in Wirklichkeit gar nicht mehr dem Gemeinwohl dienen sondern der Kontrolle einer oder mehrerer Parteien unterliegen, für die Interessen dieser Parteien und deren Führer missbraucht zu werden.
4. Im Falle von León kann das nur heißen, dass die *Gelder für die Unterstützungsprojekte* nicht über das in weiten Teilen der Bevölkerung diskreditierte Bürgermeisteramt sondern *über unabhängige Kanäle* an die Begünstigten weiter geleitet werden. Es muss für alle Menschen ohne irgendeinen Zweifel deutlich werden, dass die Unterstützung für León sich nach der Bedürftigkeit der Betroffenen und nach der Qualität ihrer Projekte richtet und nicht nach deren politischen Verbindungen.
5. Dies sollte für alle Mittel gelten, *unabhängig davon, ob sie aus privaten oder staatlichen Quellen stammen*, denn für deren Missbrauch ist es völlig gleichgültig woher sie kommen. Als Missbrauch sei hier ausdrücklich nicht nur die Abzweigung von Geldern für nicht vereinbarte Zwecke genannt, sondern auch die Propaganda für die Personen oder Parteien, die gerade bestimmte öffentlichen Positionen besetzen.

6. Selbstverständlich müssen alle Überweisungen nach León und die vertragsgemäße Verwendung dieser Gelder durch *unabhängige und autorisierte Finanzprüfer* kontrolliert werden. Dies ergibt sich nicht nur aus den gesetzlichen Bestimmungen für die Arbeit von gemeinnützigen Vereinen und für die Haushaltsführung der Stadt Hamburg, sondern dies ist vor allem auch deswegen wichtig, um eine absolut transparente öffentliche Kontrolle über diese Gelder sowohl in Hamburg als auch in León sicher zu stellen.
7. Die *offizielle Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und León* ist eine Einrichtung, die weit über einzelne Wahlergebnisse oder fragwürdige Zustände einzelner Verwaltungen hinaus geht. Sie *sollte daher auf jeden Fall weiter geführt werden*. Wie die offiziellen Kontakte zwischen den beiden Städten konkret aussehen, muss von Fall zu Fall festgelegt werden und sollte sich insbesondere am Interesse der Bevölkerung beider Städte und am rechtstaatlichen Funktionieren ihrer Stadtverwaltungen orientieren.
8. Es ist eine große Herausforderung der internationalen Kooperation, respektvoll mit den Partnern in Nicaragua umzugehen. Es ist eine bleibende Tatsache, dass viele Menschen dort – und auch einige wichtige Repräsentanten des aktuellen autoritären Kurses unter Ortega – unter enormen Opfern am Befreiungskampf gegen den Diktator Somoza teilgenommen haben, was eine bleibende Anerkennung verlangt. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie unantastbar sind und nicht kritisiert werden dürfen. Innerhalb einer Zusammenarbeit "auf gleicher Augenhöhe" ist es nicht nur ein Recht, sondern geradezu eine Pflicht, auch Themen anzusprechen, in denen man unterschiedlicher Auffassung ist. Der *Dialog über Fragen der demokratische Freiheiten, der Frauenrechte, der Rechtstaatlichkeit, der öffentlichen Verwaltung und weiterer Diskussionspunkte* sollte daher sowohl auf der nicht-staatlichen wie auch auf der staatlichen Ebene zu einem festen Bestandteil der Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und León werden.
9. Jegliche *Kritik* an bestimmten politischen Verhältnissen in León und Nicaragua *kommt erst dann einen Sinn, wenn sie auch in eine Fortsetzung der praktischen Solidarität eingebettet* ist. Sie hat auch nur in dieser Kombination eine Aussicht darauf, in der einen oder anderen Weise auf fruchtbaren Boden zu fallen und möglicherweise Veränderungen weg von Autoritarismus und Caudillismus und hin zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung in Nicaragua zu befördern.
10. Jeglichem Versuch, soziale Gerechtigkeit und politische Freiheiten als Gegensätze darzustellen, muss entschlossen entgegen getreten werden. Wenn es eine zentrale Lehre aus dem Zusammenbruch der Gesellschaften, die sich "realsozialistisch" nannten, gibt, dann ist es diese: dass sich nirgendwo auf der Welt die Menschen auf Dauer zu etwas zwingen lassen, was irgendwelche selbst ernannten Führer für deren "Glück" oder "Fortschritt" oder "Volksmacht" oder sonst etwas ausgeben. Wenn bleibende gesellschaftliche Fortschritte erzielt werden sollen, dann ist dies nur mit dem Mittel der Überzeugung und der bewussten Mobilisierung von Mehrheiten möglich. *Nur eine demokratische Öffnung Nicaraguas kann das Ziel der sozialen Gerechtigkeit wieder auf die Tagesordnung der gesellschaftlichen Entwicklung setzen*. Diesen Prozess zu unterstützen, ist nach wie vor eine der vornehmsten Aufgaben der internationalen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua.

Matthias Schindler

Hamburg, 15.07.2010